

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

243 (18.10.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,15 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelnummern 7 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleile 15.-M., auswärts 18.-M. Die Restzeile 60.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Weitere Beratungen im Reparationsausschuß

Paris, 17. Okt. Der Reparationsausschuß wird heute nachmittags eine offizielle Sitzung abhalten, in deren Verlauf er sich mit weniger wichtigen Fragen beschäftigen wird wie die Wiederherstellung der Bibliothek in Wien und Auslieferung gewisser Lieferungen durch Deutschland. Nach der Sitzung früh genug zu Ende, so wird vielleicht im Anschluß daran eine halbamtliche Sitzung stattfinden, in der der Vorsitzende Brabourns abermals geprüft werden soll.

Paris, 17. Okt. Die „Information“ führt nach Angaben der französischen Delegierten in der Reparationskommission aus, daß die Vorschläge Brabourns unter folgenden Bedingungen für Frankreich annehmbar wären:

1. Während der Dauer der Zahlungsstundung laufen die Zinsen der Rheinlaabbesetzung nicht.
 2. Bei Ausbleiben der deutschen Finanzreform erhält Frankreich das Recht, eine besondere Finanzorganisation mit eigenem Budget, eigener Währung und einer Zollscharfe am Rhein im besetzten Gebiet einzuführen.
 3. Eine Reihe von französischen Wirtschaftsvereinbarungen soll dafür Garantien schaffen, daß Deutschland die von Frankreich übernommenen Sachverhalte in französischen Franken einlösen kann.
- An zuständiger Stelle wurde erklärt, diese Angaben des Blattes erscheinen einseitigen mehr oder weniger gewagt, doch sei nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere Punkt in dem französischen Programm erwogen werde. Beschlossen sei in dieser Richtung noch nichts.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ glaubt, daß eine Änderung der französischen Reparationspolitik nahe bevorsteht. Er meint, die französische Regierung sei zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland einen längeren Zahlungsstundung bedürfte. Die französische Regierung werde aus diesem Grunde sich dem England vorgeschlagenen Zahlungsstundung nicht widersetzen, falls für die Zeit dieses Zahlungsstundung eine strengere Kontrolle der deutschen Finanzwirtschaft durchgeführt werde. Frankreich werde für die in den nächsten Jahren fälligen Reparationszahlungen deutsche Sachverhalte übernehmen, deren Zahlung außer durch die Unterjochung auch noch durch eine besondere Garantie gesichert werden müßte. Als Garantie für die bereits am Montag in der Pariser Presse erwähnte Verzögerung werde die Befreiung des Ruhrgebietes verlangt.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland

Noch vor Weihnachten

Washington, 17. Okt. Die Regierung der Vereinigten Staaten bereitet Maßnahmen vor, alle ihre Truppen aus dem Rheingebiet zurückzuziehen. Die Soldaten dürften bereits das nächste Weihnachtstfest in ihrer Heimat verbringen. Dieser Entschluß wurde nach einer Unterredung bekanntgegeben, die zwischen dem Präsidenten Harding, General Pershing und dem Kriegsminister Wood stattfand.

In amtlichen Kreisen wird hierzu ausgeführt, die Teilnahme Amerikas an der Befreiung der Rheinlande habe ihren Zweck erfüllt und sei daher von jetzt ab nicht mehr notwendig. Nach Ansicht der Ratgeber Hardings wäre es bedenklich, die amerikanischen Soldaten noch länger in Deutschland bleiben zu lassen, da daraus neue Verwicklungen in Europa entstehen könnten.

Eröffnung des Reichstages

Berlin, 17. Okt. Präsident Ebert eröffnet um 14 Uhr die Sitzung mit einem von den Abgeordneten liegend angeordneten Reden für die verstorbenen Abgeordneten Meißner und Finckel. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten stimmte der Reichstag über die Debatte in allen drei Lesungen der Erhöhung der Gehälter in Ministerregulativen ab. Wegen der Gesetzesvorlage über die Abgaben auf den Kaiser Wilhelm-Kanal machte Abg. Thomas (Komm.) Einwendungen, einmal wegen der Höhe der Abgaben, dann aber auch wegen des Namens „Kaiser-Wilhelm-Kanal“. Er beantragte dafür Hochseefanal zu setzen. Die Vorlage wurde auf Antrag des Abg. Müller (Soz.) dem Ausschuß für Reichsfinanzwesen überwiesen. In den sozialpolitischen Ausschuß ging der Beschlusseinstellung auf Verlängerung der Geltungsdauer der Demagogiebestimmungen bis zum 31. März 1923.

Am 16 Uhr verlas die Präsidentschaft neben kleinen Vorlesungen Interpretation über den Zirkus Buschfall.

Die Parteien und die Reichspräsidentenwahl

Berlin, 18. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern nachmittags neu konstituiert. Es wurde einstimmig ein Vorstand aus 15 Mitgliedern gewählt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich darauf mit der Reichspräsidentenwahl. Man kam zu dem Ergebnis, am Wahltermin, am 3. Dezember festzuhalten. Sollte jedoch von den anderen Parteien des Reichstags ein Antrag auf Abänderung der Reichsverfassung gestellt werden, ohne die eine Verifizierung der Wahl unmöglich ist, so behält sich die Fraktion vor, zu ihm noch besondere Stellung zu nehmen.

Auch das Zentrum und die Demokraten beschäftigten sich gestern mit der Reichspräsidentenwahl. Ein endgültiger Beschluß wurde von den Parteien nicht gefaßt. Das Zentrum will die Stellungnahme der übrigen Parteien abwarten. Die Demokraten wollen sich im Eventualfalle der Verlängerung der Präsidentschaft Ebert bis 1928 nicht ausschließen, wenn sich die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei einig werden. Nach der Beendigung der Fraktionsbesprechung des Zentrums und der Demokraten besprachen die Führer der Fraktionen, die der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mittelpar-

teien angehören, die Reichspräsidentenwahl, kamen aber auch zu keinem endgültigen Ergebnis. Für heute vormittags ist eine interfraktionelle Besprechung beim Reichstagskanzler anberaumt.

Die Getreidepreise

Laut „Berliner Tageblatt“ ist dem Reichstag das Gesetz vorgegangen, das den Preis für das erste Drittel der Getreideumlage für die Sonne festsetzt auf 20 500 M, für Weizen auf 22 500 M, für Gerste auf 19 000 M und für Hafer auf 18 000 M festsetzt.

Der „Bund für Freiheit und Ordnung“

Durch die Berliner Straßenkrawalle vom Sonntag ist die Öffentlichkeit auf den merkwürdigen „Bund für Freiheit und Ordnung“ etwas stärker aufmerksam gemacht worden. Nach den Zusammenstößen tauchte die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Verammlung dieses eigenartigen Bundes zu verbieten. Uns erscheint es als angebracht, mehr noch als nur die Verammlung dieses Bundes zu verbieten.

Dieser Bund ist nach der „Völkischen Zeitung“ eine völlig überflüssige Antirepublikanische „Gegenwärtliche Streife“, betont das Blatt, „besonders in lebenswichtigen Betrieben, hat sich die Technische Nothilfe bisher als ausreichend genug erwiesen, und es ist nicht einzusehen, inwiefern ein solcher Bund rascher oder zuverlässiger in Aktion treten könnte als die Technische Nothilfe, die einer Ergänzung nicht bedarf. Diese Bestimmung ist wichtig, daß die Technische Nothilfe mit diesem Bund und seinen Bestrebungen gar nichts zu tun hat.“

Noch härter als das demokratische Blatt geht die völkische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit dem „Bund für Freiheit und Ordnung“ ins Gericht. Das Blatt betont, es wäre zu unteruchen, was es mit diesem Bund eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen jetzt hinter der „einst harmlos und zwischenparteilich gegründeten Organisation“ stecken.

Die in der Verammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalitätliche, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im vorigen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Hochn, daß während der Geltung des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird.

Billigst erscheint es auch den maßgebenden Instanzen als ein Hochn!

Die Reichspresse versucht durch ein furchtbares Geschrei über den bolschewistischen Terror und das Vergehen der Polizei das Interesse der Öffentlichkeit von den Vorgängen im Zirkus Busch abulenken, die auch sehr bemerkenswert sind. Darüber sind dem „Vorwärts“ aus Teilnehmerkreisen verschiedene empörte Berichte zugegangen. Einer lautet:

Unter einer großen schwarzweißen Fahne, auf die in goldenen Lettern die Worte: „Mit Gott für Kaiser und Reich“ geätzt waren, hielten der deutschnationale Abg. Laberenz, der völkische Abg. Geißler sowie der deutschnationale Abgeordnete Wangermann politische Reden, die mit scharfen und teilweise hohnvollen Worten gegen die augenblickliche Regierungspolitik Stellung nahmen. Zum Teil trugen die Ansprachen stark antisemitischen Einschlag. Abg. Laberenz bezeichnete die Erfüllungspolitik als hoffnungslos. Die Leute, die eine Verständigung mit Frankreich suchten, seien Kastraten, die mit ihren dämlichen Papstfabeln „Nie wieder Krieg“ umherjagen. Man müßte dem Beispiel der Türkei folgen und zu den Waffen greifen, aber wir würden wohl nichts erreichen, da es bei uns im Gegensatz zu der Türkei Sozialdemokraten gäbe. Der völkische Geißler sprach über die Teuerung. Seine Ausführungen wurden häufig unterbrochen von scharf antisemitischen Zurufen. Zum Schluß wurde von der Verammlung aufgefodert, einen nationalen Woch in Reichstag zu stiften. Der deutschnationale Abgeordnete Wangermann erging sich nur in antisemitischen Redereien und behauptete, daß über Deutschland eine Seidluft lagere, die nur von den Juden herrühre. Die sogenannten Novemberdemokraten würden bei dem Reichstag im kommenden März sehr schnell Monarchisten werden. Man sollte deshalb sehr vorsichtig sein.

Zum Schluß der Verammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der Hindenburg als nationaler Mann gebeten wird, die Präsidentschaftslandtagsur anzunehmen. Die Verammlung schloß mit Hochrufen auf Hindenburg, Bismard und das Hohenzollernhaus.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, es wäre zu unteruchen, was es mit diesem Bund eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen jetzt hinter der „einst harmlos und zwischenparteilich gegründeten Organisation“ stecken: Die in der Verammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalitätliche, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im vorigen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Hochn, daß während der Geltung des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird.

Die polizeiliche Verfolgung der kommunistischen Arbeiter der Zusammenstöße im Zirkus Busch wird fortgesetzt. Es wird aber auch gegen den Bund für Freiheit und Ordnung eine strenge Unteruchung vorgenommen, da der Verdacht besteht, daß es sich um einen Verband handelt, dessen Ziele gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen. Der Geschäftsführer des Bundes für Freiheit und Ordnung bejahte gestern bei seiner Vernehmung im Polizeipräsidium die Frage, ob insbesondere Dr. Pfeiffer (Str.) und Abg. Kopsch (Dem.) noch Vor-

standsmitgliedämter im Bund begleiteten. Im Gegensatz hierzu teilte der Abg. Kopsch hierzu den Wählern mit, daß er nie Mitglied des Bundes gewesen sei.

Wohnungsnot und Baustoffmangel

Seit den Kriegsjahren haben die Kommunen und zwar immer eindringlicher, drückender und ängstlicher über zunehmenden Wohnungsmangel, wachsende Verelendung der Wohnungen, Vernachlässigung der Bausubstanz und Verfall der hygienischen und moralischen Kultur des Volkes. Fast ist zweifelhaft ob die Wohnungsnot oder die durch Geldentwertung und Wucher immer mehr gesteigerte Nahrungsmittelverwertung das Volk am schwersten treffe. Gewiß ist, daß die gesundheitlichen (Tuberkulose) und sittlichen Folgen der Wohnungsnot den größten Wirkungsbereich ziehen. Man kann aus der öffentlichen Erörterung der Wohnungsfrage in Presse und Versammlungen erkennen, daß aus der Not nunmehr die Erkenntnis erwacht, daß die Abwehre, die Hilfe ansetzen muß mit der Bekämpfung des Baustoffmangels. Nicht allein mehr die wachsenden Vorkämpfer im Verband sozialer Baubetriebe weisen darauf hin. Der fast zu zwei Dritteln aus Bürgerlichen zusammengesetzte Weiskalder Stadte- tag hat das bekräftigt in seiner 88. Jahresversammlung kürzlich in Dornhausen.

Der Stadte- tag spricht in einer Entschließung von den weit über das Notwendige und Erträgliche hinausgehenden Preissteigerungen auf dem Baustoffmarkt, die den Wohnungsbau hemmen; und er fordert, daß die durch die Wohnungsbaubehörden aufgeworfenen öffentlichen Mittel für Zwecke der Wohnungsbeschaffung, vor jedem unbedingten Gewinnstreben der Bauhelferzeuger, Händler und Bauunternehmer geschützt werden; er verlangt, die Baustoffausfuhr einzuschränken, die Preispolitik der Baustoffindustrie und -handels zu kontrollieren evtl. durch Höchstpreise zu beschränken und sie zu Lieferungen an gemeinnützige Baustoffbeschaffungsstellen zu verpflichten, solche gemeinnützigen Organisationen auch aus städtischen Forteln mit Holz zu beliefern und bei der Holzverteilung vorzugsweise zu berücksichtigen, sie zu berechtigen, „unter der Aufsicht des Holzkommissars und im Rahmen der für die Kohlenkontrollen maßgebenden Befehle und Richtlinien Teile der Kohlenkontrollen zum Ausbilden von Lieferungsverträgen und für die eigene bezw. von ihnen beauftragte Erzeugung von Baustoffen zu verwenden“; endlich sollen gemeinnützige Baustoffbeschaffungsstellen durch staatliche und kommunale Kapitalbeteiligung gefördert und ihnen auch aus der Wohnungsbaubehörde Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Beschaffung von Baustoffen und zur Beteiligung an Baustoffherstellungsfaktoren.

Diese Entschließung des Weiskalder Stadte- tags trifft das Kernproblem der Wohnungsfrage. Es wäre zu wünschen, daß die von einer überwiegend bürgerlich-kommunalpolitischen Organisation aufgestellten Richtlinien auch für die Praxis der bürgerlichen Kommunalpolitik verbindlich würden.

Die Unterstützung von Kunst u. Wissenschaft

Das Reich hatte bekanntlich bisher für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 20 Millionen Mark in den Etat eingestellt. Diese Summe wurde im vorigen Jahre auf 40 Millionen erhöht. Im neuen Etat wird auf Veranlassung der Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums, die unter der Leitung des Staatssekretärs Heinrich Schulz steht, nun eine erheblich größere Summe erscheinen. Weis aber durch die steigende Geldentwertung die Mittel zur Fortführung der wissenschaftlichen Arbeiten neuerdings bedenklich zusammengefallen sind, wird Staatssekretär Schulz auch für den Nachtragset ein ansehnliches Verlangen äußern, dessen Höhe im Augenblick noch nicht festgestellt ist. In der ersten Umfassung der durch den Marksturz eingetretene Schädigung der Wissenschaft festgestellt werden muß. Dieser wird, wie wir hören, eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst geschaffen werden. Auch hierfür werden beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Alle diese Gelder des Reiches können natürlich nur der Förderung der Wissenschaft und Kunst und höchstens nur ganz im Bereich der Unterstützung der Wissenschaftler und Künstler zugunsten kommen. Sozialpolitische Maßnahmen des Reiches zugunsten der notleidenden geistigen Arbeiter zu treffen, wäre Sache des Reichsarbeitsministeriums. Im Reichsarbeitsministerium sind besondere Hilfsmaßnahmen für eine Unterstützung der geistigen Arbeiter bis jetzt nicht geplant, weil man es für unvermeidlich hält, daß sich ein großer Teil der geistigen Arbeiter praktischer Berufen zuwenden wird. In diesem Falle müßten dann die Arbeitsnachweise dafür sorgen, die schwer mitgenommenen Angehörigen der freien Berufe irgendwie unterzubringen. Kaufschick werden auch, trotzdem bei der Stellenvermittlung für die Geistesarbeiter, ähnlich wie bei den Offizieren, persönliche Beziehungen eine große Rolle spielen, die Arbeitsnachweise kräftig in Anspruch genommen. Es sind, wie wir hören, besonders die kaufmännischen Abteilungen der Arbeitsnachweise, die bereits eine Anzahl der geistigen Arbeiter bei Behörden und Firmen untergebracht haben, wo sie zunächst für statische Arbeiten, Registratorarbeiten und dergleichen Verwendung finden und durchschnittlich mit einem Monatsgehalt von 10—14 000 M ausbezahlt werden.

Die Abwanderung der geistigen Arbeiter in praktische Berufe ist die beste Lösung der im ersten Augenblick so schwierig erscheinenden Frage. Wenn der Kreis der freien Geistesarbeiter etwas zusammenschumpft, so braucht das durchaus noch nicht mit einer kulturellen Schädigung gleichbedeutend zu sein; denn zweifellos gibt es auch eine ganze Menge „Künstler“ und „Dozenten“, die für wissenschaftliche wie künstlerische Tätigkeit nicht berufen waren und besser in irgend einem praktischen Beruf ihr Brot verdienen. Und wenn ein Teil der früher selbständigen Geistesarbeiter nunmehr im Rahmen einer nicht kulturwidrig langen Arbeitszeit ihre geistigen Interessen pflegen, wie das a. B. früher innerhalb des Handwerks der Fall war, so ist das sicherlich kein Unglück.

Die deutsche Reichspost

Eine Antwort der Oberpostdirektion Karlsruhe
Karlsruhe (Baden), 10. Oktober 1922.

An die Schriftleitung des „Volkstreu“
Hier.
Luisenstraße 24.

Die infolge des Auftrages „Unsere herrliche Deutsche Reichspost“ in Nr. 223 Ihres Blattes vom 25. September angestellten Ermittlungen haben folgendes ergeben:

Der Hauptgeschäftsführer Ihrer Zeitung, Herr Reichstagsabgeordneter Schöpflin, hat sich kurz vor Beginn des sozialdemokratischen Parteitag mit Aufsichtsbekanntem der hiesigen Postämter 1 und 2 durch den Fernsprecher ins Benehmen gesetzt, um den täglich mit D-Zug 56 um 10.50 von Augsburg abgehenden Gilbrief mit dem Tagesbericht für die Zeitung auf dem schnellsten Wege zu erhalten. Dem Postamt 1 erhielt er den betreffenden Bescheid, daß die Gilbestellung zum Postamt 2 (Dampfbahnpost) aus ständiger, und daß die Gilbestellungen, die aus Anknüpfung der Verhältnisse oder Verschleppung von fremden Postposten und sonstigen unzulässigen Dienststellen in die Briefbeutel für das Postamt 1 verpackt worden, dem in demselben Briefbeutel befindlichen Telegraphenamt zur Abklärung durch Telegraphenbeamter übermittelbar wären, weil dem Postamt 1 Personal zur Gilbestellung nicht zur Verfügung steht.

Dem Postamt 2 wurde mit Herrn Schöpflin ferner aus besonderem Entgegenkommen wegen der Bestimmung des Gilbriefes eine Vereinbarung unter der Voraussetzung getroffen, daß der Brief pünktlich mit Zug 56 beim Postamt 2 eingeht.

Dies ist nur einmal der Fall gewesen. Am 20. und 21. September ging der Gilbrief dem Postamt 2 vom Zuge 56 richtig zu und wurde der Redaktion gemäß um 5 Uhr nach dem Postamt-Büro abgetragen. Danach ist er am 19. und 22. September von der bayerischen Bahnpost im Zuge 56 verpackt auf dem Postamt 1 hier abgehenden worden. Bei diesem geht die Briefpost vom Zuge 56 mit zahlreichen anderen umfangreichen Briefbeuteln mit Motorfährt um 4.45 morgens ein; die Aufarbeitung dieser Posten nimmt gewöhnlich 1 1/2 Stunden in Anspruch. Am 8. sind die Gilbriefe dem Telegraphenamt zur Bestimmung übergeben worden; diese konnte aber erst um 7 Uhr ausgeführt werden, weil in der Nacht zahlreiche dringende Telegramme eingegangen waren, die mit Vorrang bestellt werden mußten und die alle verfügbaren Kräfte in Anspruch nahmen. Es wird dafür Sorge zu nehmen, daß auch in solchen Fällen die Gilbriefe früher abgetragen werden. Die Briefe sind am beiden Tagen gegen 1/8 3. Uhr ausgehört worden. Die getroffene Vereinbarung war im übrigen nicht zweckmäßig, weil sie eine Abweichung von dem regelmäßigen Gang der Gilbestellung darstellte und in solchen Fällen vorkommende Unregelmäßigkeiten in der Regel dem Postamt zur Zeit gelegt werden, das sich auf eine solche Vereinbarung eingelassen hat. Es wäre besser gewesen, wenn Herr Schöpflin auf die der Posten wohl bekannte Einrichtung der Bahnpostbriefe hingewiesen worden wäre, die es ermöglicht, auch für längere Zeiträume einen Brief jeweils mit einem bestimmten Zuge abzugeben und vom Empfänger am Bahnpost unmittelbar nach Anknüpfung des Zuges in Empfang nehmen zu lassen.

Am 23. September ist der Gilbrief nach Ausweis des Anknüpfungstempels zwischen 7 und 8 Uhr beim Postamt 2 eingegangen; daraus geht hervor, daß er nicht mit dem Zuge 56 eingetroffen sein kann. Daß der Brief zwei Stunden beim Postamt 2 gelegen hätte, bevor er gesammelt wurde, ist ausgeschlossen. Allen Umständen nach ist er von der bayerischen Bahnpost im Zuge 56 in einem unrichtigen Briefbeutel verpackt und mit dem Zuge 56 (Abteilung von Wiesenburg), der 7.12 hier eintrifft, auf Karlsruhe 2 zurückgeleitet worden.

Ein Versehen dieser Dienststellen kommt hiernach bei den behaupteten Verhältnissen nicht in Frage. Der für Sie bestimmte Briefbrief von Berlin trifft in der Regel mit D-Zug 2 (Ankunft 9.45) um 10.30 beim Postamt 1 hier ein. Die umfangreiche Post von diesem Zuge wird mit größter Beschleunigung bearbeitet und den abholenden Empfängern zugestellt. Es kommt aber häufig vor, daß ein Teil der Berliner Post erst mit Zug 78 (an 12.36) eintrifft und mit Motorfährt um 2.15 zum Postamt 1 gelangt. Die Entlastung der mit dieser Fahrt gleichzeitig ankommenden starken Briefposten dauert bis 3.45 N.; bei der Briefausgabe kann die Verteilung in die Abholerläufe frühestens um 4 Uhr N. beendet sein. Ihre Bitte fordert aber oft die Postämter, was dieser Zeit nicht entspricht, noch nicht zu Ende ist. Die dann noch eintrickenden Briefe und Zeitungen bleiben somit bis zur nächsten Abholung liegen. Ihre Angabe, es dauerte 6-7 Stunden, bis in Karlsruhe ein Brief ausortiert wäre, ist hiernach nicht zutreffend.

Wenn die Oberpostdirektion auch durchaus die große Verärgerung versteht, in die Sie die verspätete Zustellung des Gilbriefes versetzt hat, so bleibt es doch bezeichnend, daß Sie die durch auswärtige Dienststellen verschuldeten Unregelmäßigkeiten bei Beförderung Ihrer Augsburger Gilbriefe, ohne eine amtliche Mitteilung des Sachverhalts abzuwarten, zum Anlaß genommen haben, unangerechnete und das Ansehen herabsetzende Angriffe gegen die Oberpostdirektion, die mit der Bearbeitung der Briefe nicht das mindeste zu tun hatte, und gegen die hiesigen Verkehrsämter, die keinerlei Verschulden trifft, zu richten. Ein solches Verhalten ist jedenfalls nicht geeignet, das von der Oberpostdirektion erstrebte gute Einvernehmen zwischen Post und Presse zu fördern.

Der unangelegentlich Vorsetzer der Oberpostdirektion läßt sich durch solche Angriffe nicht in dem Bestehen beirren, die alte Ordnung und Pünktlichkeit im Postbetriebe wieder herzustellen. Bei l. a. b.

Die gründliche Untersuchung unserer berechtigten Beschwerden ist anerkennenswert. Und wir geben der Oberpostdirektion Recht: es wäre alles in schärfer Ordnung gewesen, wenn es bei der Reichspost geklappt hätte. Aber es hat eben nicht geklappt. An der Berechtigung unseres Nachschreibens wird dadurch nichts geändert, daß die Herrschaften in bayerischen Dienststellen Briefe in falsche Beutel stecken und Briefe, statt sie rechtzeitig in Karlsruhe auszuladen, zwischen Karlsruhe und Offenburg spazieren lassen werden. Wir müßten uns an die hiesige Oberpostdirektion halten, denn in ihrem Bereich wurden uns - und werden uns auch jetzt noch - Briefe zu spät ausgehändigt.

Die Oberpostdirektion stellt uns nun aber in Aussicht, daß sie beabsichtigt ist, die alte Ordnung und Pünktlichkeit im Postbetriebe wieder herzustellen. Sehr schön und sehr gut. Aber nicht die alte Ordnung und Pünktlichkeit im Postbetriebe, sondern die neue Ordnung und Pünktlichkeit im Postbetriebe - das ist die Oberpostdirektion nicht zu bemerken, sie wieder herzustellen - darum unsere Pflicht in die Öffentlichkeit. Hoffen wir, daß die Ober-

postdirektion mit voller Energie an diese mißlich bringend gestellte Wiederherstellungssache geht. Sie wird sich den herzlichsten Dank aller Menschen erwerben, die viel mit der Reichspost zu tun haben. Und dann sollen die guten Beziehungen zwischen der Reichspost und der Presse nicht mehr getrübt werden. Wer aber unter dem - noch nicht wiederhergestellten alten pünktlichen - Postbetriebe zu leiden hat, verliert eben eines Tages die Geduld; auch wie sonst so friedliebenden und allezeit verständlichen Zeitungsmännern.

Gemeindepolitik

Wiesbaden. Aus dem Gemeinderat. Das Gesuch des Alfred Kaiser um Konzession zur Betreibung der Gastwirtschaft „zum Engel“ wird befürwortet. — Das Kommando der freiwilligen Feuerwehre ist für heutige Sitzung erschienen zu einer Aussprache über Beschaffung von Feuerwehrröcken. Der Gemeinderat beschließt, sofort bei den hiesigen Geschäftleuten Angebote für Lieferung von Stoffen, Futterstoffen oder fertigen Röcken einzufordern. — Auf Schreiben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschließt der Gemeinderat, dem vorliegenden, am 16. September gültigen Lohnarif anzuerkennen. — Die Auszahlung der Gehälter der Beamten soll in der festgesetzten Weise beibehalten werden.

Freiburg, 18. Okt. Die Theater-Kalamität. Das große Defizit des Stadttheaters, das im laufenden Spieljahr auf 15-17 Millionen Mark anwachsen dürfte, läßt die Frage über den Weiterbetrieb des Theaters von neuem aufwerfen. In einer von Oberbürgermeister Dr. Bender angeregten Besprechung, zu der die Leitung des Stadttheaters samt den künstlerischen und technischen Vorständen der Bühne eingeladen waren, gab der Oberbürgermeister der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, das Theater weiterzuführen, doch werde äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten des Theaterbetriebs und hohle Hingabe der Bühnengeldgeber an die gestellten Aufgaben ermarktet. Von der Intendantur und einem Vertreter der Bühnennichtleiter wurde dies zugestimmt.

Berichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Karlsruhe, 17. Okt. Gestern begann der dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen den 40 Jahre alten Kaufmann Karl Hermanns, Frankfurt a. M. und den 27 Jahre alten Fabrikanten Dr. Arthur Seiler von Karlsruhe wegen

Urkundenfälschung

bezu. Weisheit und Begünstigung. Es handelt sich um die Rekonstruktion einer schon im letzten Jahre festgestellten fünfjährigen Verhinderung über die Fälschung von Ausweisbewilligungen bzw. Teilpostbescheinigungen. Gegen das damalige Urteil vor Revision eingeleitet worden. Der zunächst verurteilte Angeklagte Hermanns erklärte: Im Sommer 1920 wollte eine Firma in Offenbach a. M. Holz im Werte von 3800 000 Gulden nach Holland ausführen. Ich habe die nötigen Ausweisbewilligungen zu beschaffen und löste, daß ein gewisser B. in Karlsruhe in der Lage wäre, die Sache zu beschleunigen. An ihn wandte ich mich, setzte fest nach Karlsruhe und erhielt dort die gewünschten Bewilligungen, die ich später allerdings als gefälscht herausstellte. Mit Unterlagen, wie die Angeklagte Seiler habe ich den B. nicht versehen. — Der Angeklagte Dr. Seiler (der im ersten Prozeß freigesprochen wurde), war seinerzeit (er gab an, daß er dem damals vertrauenswürdig scheinenden B. zwei Teilpostbescheinigungen über 20 000 und 6000 Kubikmeter Rundholz ausgestellt habe aufgrund von Ausweisbewilligungen mit dem Stempel des Reichskommissars. — Die Verurteilung wurde eröffnet mit dem Vorbehalt des Hauptgenossen Frieß (wegen Urkundenfälschung bereits bestraft). Frieß bekannte sich in der ganzen Angelegenheit nurmehr als der Alleinhabende, worauf ihm der Vorbehalt des früher an den Tag gelegte lägenhafte Verhalten vorhielt, das andere Leute ungeredeterweise fälscher belaste. Professor Dr. Sarcé von der Anstalt Jenaun schiederte den Jungen Frieß als Pöbelphänomen, der sich der Strafbarkeit seiner Handlungen aber wohl bewußt sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden die Einzelheiten des Holzausfuhrgeschäftes erörtert. Für den gegenwärtigen Prozeß sind drei Tage vorgezogen.

Kleine badische Chronik

Manheim, 16. Okt. Auf der Straße von Hausach nach Gutach ließ ein Auto mit einem Kran Sport von 4 Pferden zusammen. Ein Pferd im Werte von 120 000 M wurde sofort notgeschlachtet. Die Pferde gehörten dem Offenburger Pferdehändler Rauch.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: „Tosca“ von Giuseppe Verdi. Der deutsche „Tosca“ mit prächtigen Worten zu schreiben, hat keinvoll Unbefriedigendes. Man möchte zu Recht wünschen, daß die herrliche Dichtung greifen, um sich auszuprobieren über dieses lauternde Sektend. Was Dichter alter und neuer Zeit als Vollendung edlen Menschentums hinstellen, das klassische Maß, die Vereinigung unserer Leidenschaften und Willungen mit schärferer Frucht und Beherrschung, ist auch die Lehre, die uns „Tosca“ in jedem Vers predigt. Eine Lehre zur Beherrschung aller Nabiläten von links und rechts, aller Extremen auf irgendwelchem Gebiet, aller Eiferrollen, die blind und rücksichtslos ihren Erzeugnissen nachgehen und am Ziel ihrer Wünsche alles haben außer die - ach so seltenen! - Grazie.

Der Intendant Volzner hat das Regiemäßige auf große und freie Linien gebracht und das dekorative Flug abgedämpft, um nicht von der Musik der Sprache abgelenkt. Vielleicht war die Geistesart der Regie manchmal etwas zu hart betont. Die Einbildung z. B. in Akt 3, 4 tritt, war für zwei Personen unbedeutend zu eng. Unter den Mitwirkenden wiesfen Laumbach als Antonio und Büchner als Desjog die alten, mehrfach getübten Qualitäten auf. Neu war Daxler als Tosca. Er hatte den differenzierten Charakter mit gutem psychologischen Verständnis an und bot besonders in 4. Akt eine Leistung von jugendlicher Kraft, die auch von kleinen Unklarheiten nicht beeinträchtigt wurde. Hel. Dora Geiseler erfüllte als Brignone die auf sie gesetzten Erwartungen. Mit vornehmtem Spiel, einem besetzten Organ und hochgehender Sprachkunst schuf sie eine höchstwertvolle Gestalt von geminnendem Reiz, die zur Vollendung nur noch etwas mehr festigen Liebergeheimts bedarf. Frau Ermath wirkte als Santuzza recht jugend-

Schmünzsch, 16. Okt. Heute morgen ereignete sich bei der früheren Glasfabrik ein schwerer Unglücksfall. Der 35jährige verheiratete Banarbeiter Otto Schwab von Klosterreichenbach befand sich mit seinem Fahrrad auf dem Wege zur Arbeitsstelle im Schwargenbadthal. Unterhalb der früheren Glasfabrik muß er die dort scharfe Straßenspur zu weit genommen haben, die Folge davon war ein Sturz, wobei der Unglückliche einen Armbruch und schwere Verletzungen am Kopfe davontrug. Verzügliche Hilfe war rasch zur Stelle.

Rorsheim, 16. Okt. In der Nacht zum 16. Oktober entbrannte im Stadteil Wödingen zwischen jungen ledigen Burschen ein Streit, der in eine Prügelei ausartete. Im Verlauf derselben zog der ledige 24 Jahre alte Wödingen August Big ein im Geiß festliegendes Messer und traf damit seinen Angreifer, den 19 Jahre alten Former Erwin Spielmann, am Darse. Da die Schlagader verletzt worden war, brach Spielmann alsbald tot zusammen. Der Täter hielt sich der Polizei.

Lahr, 16. Okt. Einem hiesigen Küstermeister wurden in der Nacht zum Sonntag ein etwa 9 Meter langer Schlauch nebst Messinghähnen im Werte von etwa 8000 M entwendet. Von dem Dieb fehlt bisher jede Spur.

Ostersheim, 18. Okt. Auf der Kirchweih kam es am vergangenen Sonntag in einer hiesigen Wirtschaft zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf ein Mann mit Stuhlschlägen mißhandelt und schließlich durch einen Revolverbeschuss nicht unerheblich verletzt wurde.

Ober der Kirchweih. In Rigenhausen wurde die Frau Straub im Verlaufe der Kirchweih von einem Manne in die rechte Brustseite gestochen. Längere Zeit lag die Frau auf der Straße, ohne daß sich jemand um sie bekümmerte. Eingekerkert soll diesmal die Hand im Spiele gehabt haben.

Der Hofstein wird nicht Unterrichtsminister. Die uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung des „Bad. Landmann“ in Etlingen, daß Hauptlehrer Hofstein von der demokratischen Landtagsfraktion zum Unterrichtsminister vorgeschlagen worden sei, frei erfunden. Eine Entschädigung über die Person des von der demokratischen Landtagsfraktion vorzuschlagenden Unterrichtsministers ist noch nicht getroffen.

Die Eisenbetonhalle des Kraftwerks Schrenk. Man schreibt uns: Nachdem am 4. Oktober die Vertreter der hiesigen Behörden endgültig mit der schon früher im Prinzip unter gewissen Voraussetzungen genehmigten Eisenbetonhalle des Kraftwerkes Schrenkbad einverstanden waren, wurde nun mit dem Betonieren der Fundamente für das Bauwerk begonnen. Damit ist die erste Sperrdeiche für den deutschen Bau, man nur auf Wasserbetonen in Wasserwerk oder Beton abgelehnt war, einen großen Erfolg der Eisenbetonbauweise, die sich gerade in diesem Falle als viel wirtschaftlicher als eine Vollmauer erwiesen hat. Die Sperrdeiche dieser Art in Deutschland sind von je 10,50 m, zwischen denen schrägliegende Eisenbetongewölbe als Wasserabfluß geschnitten sind. — Ein Modell des interessanten Bauwerkes, das vom Ingenieurbüro Dr. Ing. Fritz Maier zusammen mit der ganzen Anlage entworfen wurde, befindet sich z. B. auf der Freiburger elektrowirtschaftlichen Ausstellung auf dem Stande der genannten Firma. Die Gesamtanlage des Werkes bietet noch in mancher Beziehung interessantes. Sie besteht aus einer größeren Anlage in Baden eine Speicherpumpenanlage durch die die Wirtschaftlichkeit der Anlage erhöht wird. Zum ersten Mal sind auch hier Holzrohre für die Wasserleitung zum Kraftwerk verwendet.

Kleine Nachrichten

Ein. Am Montag abend ist der Turm der Pfarrkirche von Lautkirchen an der Elbe eingestürzt. Zwei Knaben wurden getötet.

London. Im Verlaufe eines Segelflugs über den Ärmelkanal hielt sich der holländische Jäger Pöster 37 Minuten in der Luft. Ein englischer Flieger konnte nur 11 Minuten 23 Sekunden in der Luft bleiben. Pöster gewann den Preis der „Daily Mail“ mit 1000 Pfund Sterling, da er mit Passagieren 7 Minuten 3 Sekunden in der Luft bleiben konnte.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle, Alfred, alt 2 Jahre, B. Doreng Morgen, Maler. Kunigunde Peter, ledig, alt 20 Jahre. Charlotte Käßlein, alt 50 Jahre, Ehefrau des Kaufmanns Karl Friedrich Käßlein. Magdalena, alt 15 Jahre, B. Martin Keller, Hauswart. Verdingungzeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 18. Oktober, 2 Uhr: Charlotte Käßlein, Kaufmanns-Ehefrau, Kirchstraße 1.

lich. Das ordentlich besuchte Haus ließ es an Besatz nicht fehlen.

Die „Meisterfänger von Nürnberg“ werden nie ihre Anziehungskraft einbüßen. Der deutsche Humor, das deutsche Lustspiel in seiner ganzen sonnigen Heiterkeit hat hier seinen schönsten und vollendetsten musikalischen Ausdruck gefunden. Es sind immer Stunden einzig schöner Genusses, die das unerschöpfliche Kunstwerk dem Hörer bringt. Die Oper gehört zum festen Bestand unseres Landestheaters; auch die Aufführung am Sonntag gelang prächtig. Herr Zillen hielt leider mit seiner Stimme, wohl infolge einer aufkommenden Unpäßlichkeit, nicht durch. Während er im ersten Akte seinen Voller von Stolz und noch in herrschaft-strahlenden Tönen schweben ließ, kostete es ihn im dritten Akte alle Mühe, durchzuhalten. Dann trotzdem ihm, daß er entgegen sonstigem Brauch, nicht absagte; man muß das gerade bei unserm Landestheater besonders bemerken. Für das Gehen brachte Frau v. Alpenburg-Eberbach die liebliche Stimme, die angenehme Singweise und ein inniges Spiel mit. Den Vater Pogner stiftete Herr Dr. Wucherpfennig mit allen Vorzügen seiner reifen Gesangs- und Darstellungskunst aus. Der Wäldermeister Kothner des Herrn Weyrauch gefiel uns nur in seinem Singen, die Darstellung sagte uns nicht so recht zu. Der behäbige-humorvolle Wäldermeister wirkte zu stark als Ioniische Figur. Die übrigen Darsteller sind von früher her bekannt - auch der prächtig frische Sebastian Deib des Herrn Schönerb, der trotz seiner üblichen Erfahrungen, die er da hinten gemacht, dennoch hübscher für den Front gemacht werden nachfolger einprangt! Das Orchester spielte unter Herrn Cortolozis Leitung ideal, besonders das Vorpiel war von strahlender Schönheit und bildete so den vorzüglichsten Auftakt zu dem guten Gesamtgelingen dieses deutschen Meisterwerkes.

Pfeil-Spar vermindert Ihre Gasrechnung. Spar-Glühkörper Marke „Pfeil“ sparen laut technischer Untersuchung 25% Gas.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bezirksverband Baden

Werte Genossen! Die geänderten Verhältnisse bedingen eine Neufassung unseres Organisationsstatuts. Der Bezirksverband unterbreitet den nachstehenden Entwurf dem Bezirksparteitag zur endgültigen Beschlußfassung.

Wir erlauben unsere Ortsvereine, zu dem Entwurf umgehend Stellung zu nehmen und Änderungsanträge bis zum 21. Oktober d. J. an die Adresse des Genossen Georg Strobel, Mannheim, R. 3, 14 II., gelangen zu lassen.

Eine Stellungnahme der Ortsvereine der bisherigen NSD. wäre dem Bezirksverband ebenfalls erwünscht. Auch sie können Änderungsanträge bis zum angegebenen Termin an die gleiche Adresse einreichen.

Mannheim, 13. Oktober 1922.
Der Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Badens
(V. V.): Georg Strobel, R. 3, 14 II.

Entwurf zu einem neuen Organisations-Statut des Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei Badens

Name, Zweck und Zweck der Organisation § 1.

- Die Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei im Freistaat Baden bilden unter dem Namen „Bezirk Baden“ einen Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
- Der Vorort des Bezirksverbandes ist Mannheim.
- Zweck der Organisation ist die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk zu fördern, durch Beteiligung an den Wahlen zu allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften.

Gliederung des Bezirksverbandes.

- Ortsvereine werden gebildet aus allen in einer Gemeinde wohnenden Parteimitgliedern. Der Zusammenschluß zu einem Ortsverein erfolgt, wenn mindestens 15 Mitglieder vorhanden sind. Zur Leitung der örtlichen Parteigeschäfte wählen die Ortsvereine einen Vorstand von fünf Mitgliedern. Orte mit mehr als fünf Einzelmitgliedern wählen einen Vertrauensmann, der die Parteigeschäfte zu erledigen hat.
- Sämtliches Eigentum der Ortsvereine ist Eigentum der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Baden.
- Die Ortsvereine werden nach den Amtsbezirken zu Bezirksvereinen zusammengeschlossen, um alle den Bezirk gemeinlich betreffenden Angelegenheiten, sowie die Beschaffung des hiesigen Parteitagestages zu erledigen. Ihre Leitung besteht aus einem 1. und 2. Vorsitzenden und einem Schriftführer, deren Wahl alljährlich im Mai auf einer Bezirkskonferenz erfolgt. Die Zusammenkunft der Bezirkskonferenzen regeln die Kreise.
- Zur besseren Erledigung der agitatorischen und organisatorischen Parteiarbeiten wird der Bezirk Baden in Unterbezirke (Kreise) eingeteilt. Zurzeit ist die Einteilung folgende:

- 1. Kreis:**
Vorort Singen, umfaßt die Amtsbezirke Konstanz, Hebringen, Pfullendorf, Reßlach, Stodach, Engen, Donaueschingen, Willingen und Triberg.
- 2. Kreis:**
Vorort Schopfheim, umfaßt die Amtsbezirke Waldshut, Bonndorf, St. Blasien, Säckingen, Schönau, Schopfheim, Lörrach und Müllheim.
- 3. Kreis:**
Vorort Freiburg, umfaßt die Amtsbezirke Freiburg, Neustadt, Stauffen, Breisach, Emmendingen, Waldkirch, Ettlingen.
- 4. Kreis:**
Vorort Offenburg, umfaßt die Amtsbezirke Offenburg, Lahr, Wolfach, Oberkirch und Rehl.
- 5. Kreis:**
Vorort Karlsruhe, umfaßt die Amtsbezirke Karlsruhe, Ettlingen, Durlach, Forzheim, Bretten, Bruchsal, und vom 4. Kreis noch die Amtsbezirke Achern, Bühl, Rastatt und Baden-Baden.
- 6. Kreis:**
Vorort Mannheim, umfaßt die Amtsbezirke Mannheim, Schwetzingen und Weinheim.
- 7. Kreis:**
Vorort Heidelberg, umfaßt die Amtsbezirke Heidelberg, Mosbach, Adelsheim, Vorberg, Lahrerbach, Weibersheim, Buchen, Eberbach, Eisingen, Eppingen und Wiesloch.

5. Änderungen der Kreiseinteilung können nur durch den Bezirksverband und Bezirksauschuß vorgenommen werden.

Mitgliedschaft.

- Mitglied kann jede Person werden, die sich zu den Grundsätzen des Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zu deren Satzungen bekennt.
- Ueber die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Ortsvereins. Bei Zurückweisung eines Aufnahmegesuchs kann die Entscheidung der Mitgliederversammlung und in letzter Instanz die des Bezirksverbandes beantragt werden.
- Jedes Mitglied muß der in seinem Wohnort zuständigen Parteio rganisation angehören.
- Den Mitgliedern steht kein flagbares Recht an das Vermögen des Bezirksverbandes und der Ortsvereine zu.
- Der Austritt kann jederzeit durch Mitteilung an den Vorstand des Ortsvereins erfolgen.
- Für den Ausschluß sind die Bestimmungen des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands maßgebend. Er erfolgt auf Antrag der Ortsvereine durch den Bezirksverband.

Eintrittsgeld und Beitrag.

- Das Eintrittsgeld beträgt für neu eintretende Mitglieder 5 M., das in vollem Betrage an die Bezirkskasse abzuführen ist.
- Für verloren gegangene Mitgliedsbücher sind ebenfalls 5 M. zu entrichten, die an die Bezirkskasse abzuführen sind.
- Erfahrungsbücher werden unentgeltlich geliefert.
- Der Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 6 M., für weibliche Mitglieder 2 M.
- Die Beiträge sind durch Einkassierer zu erheben.
- Von den Beiträgen sind, einschließlich der für den Parteivorstand in Berlin bestimmten Beträge, 80 Prozent an die Bezirkskasse abzuführen; der Rest von 20 Prozent verbleibt den Ortsvereinen.
- Die einzelnen Ortsvereine sind berechtigt, Lokalbeiträge zu erheben.

8. Vor einem stattfindenden Bezirks-Parteitag notwendig werdende Beitragsbereinigungen werden von dem Bezirksverband und Bezirksauschuß bis zum nächsten ordentlichen Parteitag endgültig beschloffen.

9. Beitragsmarken, Mitgliedsbücher, sowie das Verwaltungs- und Abrechnungsmaterial werden den Ortsvereinen von dem Bezirksverband geliefert.

10. Partei-Unternehmungen geschäftlicher Art im Bereiche des Bezirks Baden haben entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit die Bezirkskasse zu unterstützen.

Geschäftsverkehr.

- Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. April und endet mit dem 31. März. Die Verrechnung aller statutarisch festgelegten Beiträge erfolgt vierteljährlich durch den Kassier des Ortsvereins an die Bezirkskasse in Baden.
- Geldbeiträge, sowie Berichte und Abrechnungen sind spätestens bis 1. des auf Quartalschluß folgenden Monats dem Bezirksverband einzufenden.

Bezirksvorstand.

- Die Leitung des Bezirksverbandes obliegt dem Bezirksverband.
- Der Bezirksvorstand setzt sich zusammen aus zwei befohlenen Sekretären und acht ehrenamtlichen Mitgliedern, die sich aus ihrer Mitte den ersten und zweiten Vorsitzenden, sowie den Schriftführer wählen. Einem der befohlenen Sekretäre werden die Kassengeschäfte übertragen.
- Die Anstellung der befohlenen Sekretäre erfolgt durch den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach vorheriger Verhandlung mit dem Bezirksverband.
- Die acht ehrenamtlichen Mitglieder des Bezirksvorstandes werden jeweils auf den ordentlichen Parteitag gewählt. Scheidet ein Mitglied des Bezirksvorstandes während seiner Amtsdauer aus, kann auf Antrag des Bezirksvorstandes eine Ergänzungswahl in einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins am Vorort erfolgen.
- Die Mitglieder des Bezirksvorstandes erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung, deren Höhe ein Prozent aus den für die Bezirkskasse verzinnten Beiträgen nicht übersteigen darf. Ihre endgültige Festsetzung erfolgt nach Fertigstellung der Jahresabrechnung durch den Bezirksvorstand.
- Zur Prüfung der Jahresabrechnung des Bezirksvorstandes wählt der Ortsverein des Vororts zwei Revisoren.

Aufgaben des Bezirksvorstandes.

- Der Bezirksvorstand hat die Verwaltungsgeschäfte des Bezirks zu führen und die Organisations- und Agitationsarbeit der Kreise, Bezirks- und Ortsvereine zu überwachen.
- Seine Aufgaben sind insbesondere für die Durchführung der Parteitagsgeschäfte zu sorgen, die zur Agitation notwendigen Materialien zu liefern, die tätigen Genossen und Genossinnen in der Politik und im Gemeinde-Sozialismus zu schulen.
- Vorbereitung aller größeren Agitationsunternehmungen.
- Dem Bezirksvorstand wird die in Baden erscheinenden Parteizeitungen unterstellt. Er hat deren prinzipielle und tatsächliche Haltung zu überwachen, sowie die Geschäftsführung und Anlagen zu prüfen.
- Der Bezirksvorstand hat den Bezirksparteitag einzuberufen und sonstige Konferenzen vorzubereiten.

Bezirks-Auschuß.

- Zur Beratung wichtiger Angelegenheiten wird ein Bezirksauschuß gebildet, der sich zusammensetzt aus:
 - dem Bezirksvorstand;
 - 15 vom Bezirksparteitag gewählten Vertretern;
 - je einem Vertreter der Redaktionen und Geschäftsführungen der hiesigen Parteizeitungen;
 - einem sozialdemokratischen Regierungsmitglied;
 - einem Vertreter der Landtagsfraktion und der bad. Reichstagsabgeordneten.
- Die Kosten für die unter a und b übernommenen Bezirkskasse, für c sind sie von den Geschäftsführern zu tragen.
- Den Tagungen des Bezirksauschusses liegen neben den ihm sonst in diesem Statut zugewiesenen Aufgaben ob:
 - Stellungnahme zu den aktuellen politischen Tagesfragen und die Beschlußfassung über die sich daraus ergebenden Agitations- und Organisationsarbeiten;
 - Erledigung von Anträgen besonders wichtiger Art;
 - Entgegennahme der Berichte über die Parteipresse und Beratung über deren Ausgestaltung und Ausbreitung;
 - Vorbereitung der Delegiertenwahlen zu internationalen Kongressen;
 - die Entscheidung über Gründung von neuen Partei-Unternehmungen im Bereiche des Bezirksverbandes.
- Der Bezirksauschuß tritt im Bedarfsfälle zusammen und wird vom Bezirksvorstand einberufen.
- Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn drei Wahlkreisverbände dies unter Angabe der Gründe beantragen.
- Die Beschlüsse des Bezirksauschusses sind für alle Parteio rganisationen verbindend, bis der Bezirksparteitag etwas anderes beschließt.

Bezirksparteitag.

- Der Bezirksparteitag ist die oberste Vertretung des Bezirksverbandes. Dieser findet in der Regel alle zwei Jahre möglichst in der ersten Hälfte des Oktober statt. Den Tagungs-ort bestimmen Bezirksvorstand und Bezirksauschuß.
- Die Einberufung muß durch den Bezirksvorstand mindestens sechs Wochen vorher unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung in den im Bezirk erscheinenden Parteizeitungen bekannt gegeben werden.
- Anträge für den Bezirksparteitag sind spätestens zwei Wochen vorher dem Bezirksvorstand einzureichen. Später eingehende Anträge werden für die Veröffentlichung vor dem Parteitage nicht berücksichtigt.
- Falls es außerordentliche Verhältnisse erfordern, kann die Frist für die Einberufung eines Parteitages auf zwei Wochen, und zur Einreichung von Anträgen auf vier Tage gekürzt werden.
- Anträge zum Bezirksparteitag können gestellt werden von den Konferenzen, der Kreise und der Amtsbezirke.

Zusammensetzung des Bezirksparteitages.

- Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus:
 - dem Bezirksvorstand;
 - dem Bezirksauschuß;
 - den gewählten Delegierten der Amtsbezirke;
 - den Parteisekretären;
 - einer Vertretung der Landtagsfraktion, die ein Fünftel der Gesamtzahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;

f) den im Bezirk Baden gewählten Reichstagsabgeordneten; g) den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern.

2. Die Wahlen der Delegierten erfolgen durch die Bezirksvereine und zwar wählen Vereine:
bis 250 Mitglieder 1 Delegierte
251—500 Mitglieder 2 Delegierte
501—750 Mitglieder 3 Delegierte
751—1000 Mitglieder 4 Delegierte
und für jede weiteren 1000 Mitglieder einen Delegierten mehr.

Verträge, die mehr wie die Hälfte betragen, werden für voll gerechnet. Die Zahl der Mitglieder wird ermittelt auf Grund einer Beitragsleistung von elf Wochen pro Mitglied und Vierteljahr.

3. Die Kosten der Teilnehmer trägt zu a, b wie nach § 8 dieses Statuts und zu d die Bezirkskasse; für die übrigen die Delegierten-Korporationen.

Aufgaben des Bezirksparteitages

- Zu den Aufgaben des Bezirksparteitages gehören:
 - Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Bezirksverbandes, der Parteisekretäre sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten;
 - die Beschlußfassung über die Parteio rganisation und alle das Parteileben betreffenden Fragen;
 - Beschlußfassung über die eingelaufenen Anträge;
 - Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Bezirksvorstandes, des Bezirksauschusses und deren Stellvertreter;
 - Festsetzung der Beiträge;
 - Ausstellung der Kandidaten zum Reichstag.

Landeskonferenz

- Bezirksvorstand und Bezirksauschuß können im Bedarfsfälle eine Landeskonferenz einberufen.
- Dieselbe setzt sich zusammen:
 - aus den Mitgliedern des Bezirksvorstandes;
 - des Bezirksauschusses;
 - den Vorsitzenden der Amtsbezirke.
- Es tritt nach Bedarf zur Entscheidung wichtiger, die Landespolitik berührender politischer Fragen zusammen.
- Die Kosten für die Teilnehmer zu a, b wie nach § 8 dieses Statuts trägt die Bezirkskasse, zu c die Ortsvereine der Amtsbezirke.

Wahlen

- Der Bezirksparteitag des Bezirksverbandes Baden bildet für alle öffentlichen Wahlen das Wahlkollegium. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt:
 - zum Reichstag durch den Bezirksparteitag;
 - zum Landtag nach vorausgegangener Vertändigung mit dem Bezirksvorstand durch Kreiskonferenzen; die Landeswahlliste wird vom Bezirksvorstand und Bezirksauschuß festgesetzt;
 - zum Reichstag und Bezirksrat durch Bezirkskonferenzen zu den Gemeindevertretungen durch die Ortsvereinsversammlungen nach vorheriger Vertändigung mit dem Bezirksvorstand.
- Leber Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Kandidaten ergeben, entscheidet endgültig der Bezirksvorstand.

Parteitag-Beschlußfassung

- Die Wahl der Delegierten zum Deutschen Parteitag erfolgt durch die Kreise.
- Die Verteilung der zu wählenden Delegierten erfolgt nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl der zugrundeliegenden einer Beitragsleistung von elf Wochen pro Mitglied für das dem Wahltermin vorausgegangene Vierteljahr.

Eigentumsrecht

- Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder dessen beauftragtes Organ ist Eigentümer aller im Bezirksverband, den Sekretariaten und den Ortsvereinen vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögenswerten.
- Er ist ermächtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle dem Bezirksverband zuzurechnenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen. Der Bezirksverband kann durch feierliche Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteimitglieder oder den Bezirksverband verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteimitglied oder ein anderer durch Beitrag mit dem Bezirksverband ein flagbares Recht gegen diesen oder ihre Mitglieder.

Organisations-Änderungen

- Änderungen an der Organisation des Bezirksverbandes können nur von dem Bezirksparteitag vorgenommen werden.
- Anträge auf Änderungen der Satzungen des Bezirks können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen des § 9 Absatz 3 veröffentlicht wurden.

Den neuen Organisationsentwurf für die Sozialdemokratische Partei Badens unterbreiten wir hiermit den Genossen. Der Bezirksvorstand schreibt in seiner oben abgedruckten Mitteilung an die Ortsvereine vor, daß die Änderungen anträge bis zum 21. Oktober eingereicht werden müssen. Das ist technisch einfach und möglich. Vom 13. Oktober ist die Mitteilung des Bezirksvorstandes datiert; am 16. Oktober ist diese Mitteilung an die Genossen gelangt. Innerhalb fünf Tagen sollen nun die Genossen den Entwurf studieren, in Versammlungen dazu Stellung nehmen und nach Mannheim die Änderungsanträge eingereicht haben. Es ist ja sicherlich sehrwünschenswert für die Ortsvereine, wenn ihnen der Bezirksvorstand eine solche Parteilichkeit in der Erledigung organisatorischer Arbeiten mitteilt, aber wir sind der Überzeugung, daß die Genossen auch beim allerbesten Willen nicht in der Lage sein werden, das ihnen vom Bezirksvorstand entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen zu können. Der Bezirksvorstand wird sich deshalb damit abfinden müssen, daß Anträge der Ortsvereine später, eventuell erst auf dem Bezirksparteitag in Offenburg eingereicht werden. Wir erlauben die Ortsvereine, ihre Stellungnahme zum Organisationsentwurf zu beschleunigen. Die vom Bezirksvorstand vorgeschlagene Neuregelung der Beitragsfrage bedingt schon, daß jeder Ortsverein den neuen Organisationsentwurf in einer Versammlung erörtert. Daß die vom Bezirksvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung kein unbilliges Verlangen ist, werden die Genossen überall einsehen und ihr deshalb auch zustimmen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 18. Oktober

Geschichtskalender

18. Oktober. 1777 "Der Dichter Heinrich v. Kleist in Frankfurt a. d. O. — 1920 "Der deutsch-tschechoslowakische Arbeiterführer Josef Seeliger in Tepitz-Schönanu.

Karlsruher Parteinarbeiten

Bekannt die heutige Parteiverammlung nicht! An die heute abend 8 Uhr im "Elefanten" stattfindende Parteiverammlung sei nochmals erinnert. Außer der Bekanntgabe des Kassenberichts steht die Beratung der Bürgerauswahllisten und die Aufstellung der Kandidaten auf der Tagesordnung. Ein zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Frauenfragen in der Tagespolitik

Nach dem Thema spricht morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Saale der Handelskammer in einer öffentlichen Frauen-Verammlung.

Genossin Prof. Käfer, Landtagsabg. aus München. Die Referentin ist als gute Rednerin weitum bekannt, sodaß ein Besuch der Verammlung jeder Frau und jedem erwachsenen Mädchen der wertvollsten Hilfe zu empfehlen ist. Die Betriebsräte werden ersucht, die Frauen und Mädchen in ihren Betrieben auf die Verammlung hinzuweisen.

Über den Wert der Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend läßt die Eltern ihrer Mitglieder, sowie die Genossinnen und Genossen zu einem Klaren auf nächsten Sonntag, nachmittags 1/2 6 Uhr in das Gemeindehaus der Weißstadt, Büchergasse, ein. Das Programm wird vielerlei Unterhaltung bringen, es werden musikalische und belletriarische Vorträge gehalten, auch Reigen und ein Theaterstück werden aufgeführt werden. Das Programm wird fast ausschließlich von Jugendlichen bestritten. Der Eintritt beträgt 2 M einschließlich Steuer.

Das tägliche Brot und die Zeitung

Die furchtbare Entwicklung der Preise in den letzten Monaten beginnt lähmend und zerkend auf die Familie zu wirken, deren Ernährer zusehen muß, wie die Kluft zwischen seinem Verdienst und den wachsenden Ausgaben immer tiefer schmilzt, wie der Kostpreis, der über diesen Grund geht, immer schmerzlicher und schmerzlicher wird. Die gleichen Sorgen bedrücken die Frau, die mit dem unzulänglichen Verdienst des Mannes die imberbernde Familie über Wasser halten muß. Was es im Frühjahr noch möglich, aus dem Einkommen des Mannes eine kleine Summe für Fleisch auszugeben, so hat die rapid abwärts gleitende Entwicklung auch hier die Verhältnisse völlig gewandelt. Die Fleischpreise liegen unauflöslich nach aufwärts, man ist zu den größten Einschränkungen genötigt, selbst am Sonntag kann die Hausfrau kaum mehr regelmäßig ein Pfund Fleisch auf den Tisch stellen. Aber, sagt man sich in der Familie, hierin kann man sich weiter einschränken, man muß sich schließlich dazu verstehen, auch dem bisherigen bescheidenen Fleischgenuss völlig zu entsagen.

Was die Hausfrau und die Familie aber unbedingt braucht, ist Fett und Mehl. Auch hierin aber wachsen die Beschaffungskosten ins Ungemessene. Für das Pfund Fett müssen ein paar hundert Mark hingelegt werden, für Mehl wird heute schon ein Pfundpreis von 80 M und darüber verlangt. So kommt, daß die Hausfrau heute bei der größten Sparfamkeit und bei der Verzweiflung der Bestrebungen auf das Mindestmaß geringe Rechnung einige hundert Mark für das Mittagessen einer mehrköpfigen Familie hinlegen muß. Das ist die Ausgabe für das tägliche Brot, sie kann nicht vermieden werden.

Aus diesen drückenden Sorgen heraus sucht die Familie nach möglichen Wegen zum Sparen. Die gangbaren sind schon alle beschritten. Man denkt daran, ob sich nicht auch die Ausgabe für die Zeitung, das jahrelangen uneigenmächtigen Freundes der Familie, einsparen ließe. Bislang war man gewöhnt, seine geistige Nahrung für ein paar Mark im Monat frei ins Haus geliefert zu bekommen. Man hat sich die Gedanken darüber gemacht, wie die Zeitung in den heutigen furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnissen sich über Wasser halten kann. Wohl verstand man es, daß das tägliche Blatt im Abonnementspreis langsam stieg, aber als die allgemeine wirtschaftliche Not auch die Zeitungen zwang, einen größeren Schritt nach vornwärts zu tun, glaubte man plötzlich, daß auch hier ein Weg zum Sparen sei.

Da es in diesen Familien die Hausfrau gewesen, die den Grundbesitz Treue um Treue verlor. Sie rechnete und sann. Ihr gesundes Denken brachte sie von selbst auf die

Schlusfolgerung: Wenn die Familie für das tägliche Mittagessen einige hundert Mark braucht, so wäre es ein kurzfristiger Standpunkt, wenn man für die geistige Nahrung im ganzen Monat nicht auch diesen einmaligen Betrag aufwenden würde. Und so schwer es ihr wird, sie bestellt das Blatt wieder. Weiß sie doch, daß die Zeitung der Beste Freund ihres Mannes ist, daß sie es ist, die in erster Linie den Mann an den kommenden langen Winterabenden nach des Tages Arbeit an das Haus festhält. Und eine kluge Frau weiß, daß gerade das eine nicht geringe Ersparnis bedeutet.

Die wirtschaftliche Woche des Bundes für deutsche Familie und Volkstreu

Schr. Dieser Vortrags-Vollzug, der fünf Abende der laufenden Woche in Anspruch nimmt, löste bereits am Montag abend große wissensdurstige Hörermassen in die Hörsäle. Neben an allen Abenden ist Professor Dr. Hermann Müller an der Spitze. Der am ersten Abend über "Die Familie der Gegenwart" gehaltenen lehrreichen Ausführungen machte die Zuhörer großen Eindruck. Nach kurzen, trefflichen Einleitungsreden des Vorsitzenden, der die Wichtigkeit der Wirtschaft als das gewaltigste Ereignis der Jetztzeit feierte, erteilte er dem Vater Madermann das Wort, welcher zunächst in eigener bildreicher Sprache verschiedene Wirtschaftswerte erläuterte, so z. B. die bekannten Dürrenberger Referent war in seinem tiefgründigen Vortrag vor allen Dingen Probleme auf, deren Lösung in den nächsten Abenden folgt. Ich habe, so führte Madermann aus, meine Wissenschaft auf einer Grundlage auf, die das ganze Volk annehmen kann, auf der natürlichen Ethik. Das entscheidende Gesetz ist die Gesamtkonomie aller Funktionen. Der zweifelt an der verpflichtenden Kraft des Innern und wer diese anerkennt, steht auf meinem Boden. Wer helfen will, spreche nicht vom Untergang, Urquell aller Kräfte ist die Familie. Die Menschen sollen nicht auf das Verbot hören, sondern es sich banen. Der tiefste Sinn der Ehe ist das Kind. Läßt der Kindersegen trotz gleicher Zahl Geburten nach, so kann man daraus schließen, daß entartete Kräfte an dem Mark der Familie gehen. Leider werden in den Großstädten nicht mehr soviel Kinder geboren, um die Eltern zu ersetzen. Dies war das Quantitätsproblem, welches Dr. Madermann an einer großen Tafel, die eine Statistik bediente, den Zuhörern verständlich machte. Hat die Qualität des Volkes durch Krieg gelitten? Nein! Der Krieg steht zur natürlichen Ethik im schärfsten Gegensatz. Aus dem heldenhaften Opferwillen unserer Soldaten und Frauen kann sich das Volk noch manche Kraft holen. Die Volkswirtschaft wird geistliche Gefahren, so die Unterdrückung des Körpers und Geistes, nicht minder die Geschlechtskrankheiten. Der Alkoholismus hat in letzter Zeit furchtbare Formen angenommen. Diese Kulturgifte sind die größten Gifte. Durch die Arbeit der Mädchen während des Krieges in den Fabriken wurde der mütterliche Schoß, die Verberätere alles Lebens, vernichtet. Die wirtschaftliche Lage ist für die Familien-Entartung entscheidend geworden. Eine der wichtigsten Fragen ist die Wohnungsfrage. Dr. Madermann feierte unsere Berliner Parteigenossen Alfred Sohn von der Krankenkasse als einen der bedienstetsten Männer auf dem Gebiete der Wohnungsfrage. Durch Liebermann können keine Naturfragen gelöst werden; zunächst muß man menschenwürdige Wohnungen schaffen. Gatten wir der natürlichen Ethik die Treue. — Allseitiger Beifall dankte dem Referenten. — Bis einschl. Freitag abend wird Dr. Madermann jeden Abend im großen Festsaal sprechen.

70. Geburtstag. Herr Konrad Carl Bach vollendet am 18. ds. Mts. sein 70. Lebensjahr. Herr Bach hat viele Jahre auf der Herrenstraße in Karlsruhe ein Einzelhandelsgeschäft in Kleinfachwaren und Hauswirtschaftsgegenständen geführt. Er hat seine Kräfte aber auch stets gerne in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. So war er lange Mitglied des Bürgerausschusses und auch in dessen Vorstand tätig. Fast 20 Jahre war er Mitglied der Handelskammer Karlsruhe und nahm als solcher in rühmlicher Weise die Interessen von Handel und Industrie wahr. Die Handelskammer Karlsruhe hat dem Jubilar im Hinblick auf seine Verdienste eine Ehrenurkunde überreicht. Wir wünschen Herrn Bach, daß er noch recht viele Jahre in voller Gesundheit verbringt.

Ein neues Möbelgeschäft wurde unter der Firma Carl u. Max am Nordendplatz in den früheren Räumen der Firma Friederichs eröffnet. Der Inhaber des neuen Geschäftes, der Teilhaber der letzteren Firma war, gilt als erfahrener Geschäftsmann.

Konzert zu Gunsten der Alt-Pensionäre des Landes-Theaters. Ein Wohltätigkeitskonzert im wahren Sinn des Wortes wird Mittwoch abend in den Räumen des Kaffee Hauzer veranstaltet. Es gilt den von schwerer Not heimgeführten Alt-Pensionären des hiesigen Landes-Theaters. Gute Siedert, Margarete u. E. Hubert Endlein vom Landes-Theater haben sich mit der durch gütige Mitwirkung von Mitgliedern des Landes-Theaterorchesters verstärkten Kapelle unter Kapellmeister Dolegels Leitung in selbstloser Weise diesem edlen Zweck zur Verfügung gestellt, ebenso Karnevirtuale Fritz Post. Der hohe Genuss, den der Abend verspricht, und die Befriedigung

dabei ein Scherlein zur Linderung großer Not unserer Landes-Theaterpensionäre beigetragen zu haben, sollte für viele Veranlassung sein, den Abend im Kaffee Hauzer zu verbringen. (Nächstes siehe Inseratenteil.)

Landes-Theater. Am Donnerstag den 19. Oktober, findet im Abonn. E 5 die dritte Auführung der Komödie "David und Goliath" von Georg Kaiser statt. Im Konzertsaal wird der Schwank "Der Teufels Lebermann" von Franz Arnold und Ernst Bach am Sonntag, den 22. Oktober zum erstenmal wiederholt. In Vorbereitung befindet sich Christian Dietrich Grabbes Drama "Don Juan und Faust" in der Bearbeitung von Erich Kästner.

p. Diebstähle. In der Nacht zum 14. Oktober wurden aus einer Fabrik in der Weißstadt ein 12 Meter langer, 20 Zm. breiter Treibriemen im Werte von 20000 M von bis jetzt unbekanntem Täter entwendet. — 3 Zentner Oaser im Werte von 21000 M wurden gestern vormittag einem hiesigen Fuhrunternehmer gestohlen. Durch die sofortige Verfolgung der Täter konnten 1 1/2 Zentner Oaser wieder beigebracht werden. Ein Knecht und ein Fuhrmann wurden verhaftet. — In verlassener Nacht wurde ein Kaufmann aus Hausen heimlich festgenommen, der am Bahnhof hier einen Mantel im Werte von 9000 M entwendet hatte. Außerdem ist er verdächtig, in Bruchsal einen Regenmantel gestohlen zu haben.

p. Bei einer Razzia wurden in verlassener Nacht 5 Männer und eine Frauensperson aufgegriffen, welche in einem Wäschergebinde auf den Kennzeichen nachgingen.

p. Verhaftet wurden 6 Ausländer zur Entrichtung der Aufenthaltsgelder, sowie ein Neugier von hier wegen Meineids.

p. Aufgefunden: Am 13. Oktober wurden in einem Vorgarten Ede Ritter- und Blumenstraße 6 silberne Kaffeelöffel gez. G. H. sowie 6 Kaffeelöffel aus Zinn im Werte von 1000 M gefunden. Diese Gegenstände, deren Eigentümer unbekannt ist, können bei der Kriminalpolizei angesehen werden.

Baluta-Bericht vom 17. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz zirk. — 10% St. Auszahlung Holland notierte etwa 1105.50 M per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 590. M per schw. Fr. England notierte etwa 19600 M per Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 214.50 M per fr. Fr. Neuwort notierte etwa 2860 M per Doller.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 18. Oktober

Wassersstand des Rheins. Schutterinsel 185, gef. 3; Rühl 281, gef. 6; Maxau 463, gef. 7; Mannheim 572, gef. 11; Ronzanz 409 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion

Nr. 67. 1. Rubrikator Was kostet 21 M. 1 Stunde Beleuchtung bei einem Normalmaßlicht (100 Kerzen) stellt sich auf 2,63 M. Nehmen Sie kleinere Brenner, z. B. Glühbirnen, mit 60 Kerzenstärke, so kostet die Stunde etwa 1,30 M.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich für Artikel, politische Redaktionen und alle Nachrichten Hermann Nabel; für politische Redaktionen und alle Nachrichten Hermann Nabel; für die Stadt, Gemeindefachliche Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Angehörigen Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

18. 10. 1922. Die Zeile (Vergangenen Anzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Naturfreunde, Wandholmen-Sektion Edelweiss 1913.) Samstag, 21. Okt., abends 8 Uhr, Schluß der Anfertigung im "Novad".

Karlsruhe. (Wassersport-Verein.) Heute abend nach der Neujahrsfeier Monatsversammlung i. d. Gumbelstraße. 6330

Durlach. (Vereinigte Sozialdemokratische Partei.) Morgen Donnerstag abends 7 1/2 Uhr, im "Lamm" Mittelbeverberammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Des Erscheinens sämtlicher Parteimitglieder ist unbedingt notwendig. [1871]

Ein hervorragendes Schönheitsmittel, das auf keinem Toiletentisch fehlen sollte, und das Damen und Herren gleichermaßen empfohlen werden kann, ist die nach wissenschaftlichen Grundlagen hergestellte Marylan-Creme. Schreiben Sie an den Hersteller des köstlichen Mittels, man sendet Ihnen gern unbeschadet und portofrei eine Probe davon und ein sehr reichhaltiges Büchlein über Schönheitspflege. Die Adresse ist: Marylan-Vertrieb, Berlin 284, Friedrichstraße 18. [1887]

Monteure. Dauernde Beschäftigung finden tüchtige ältere Mechaniker als... Schnellwaagenfabrik Karlsruhe G. m. b. H. Bauwaldalle 38

Weltkalender 1923. Ist erschienen Preis 20.- Mk. Partielabzeichen 25.- Mk. Volks-Buchhandlung der Sozial. Partei Karlsruhe Adlonstr. 16.

Gebisse. Gold-, Silber-, Gebisse, Double- Gegenstände alte und... Anzüge, Hosens gestreift und feldgrau, blau und Drillich. Sommer-Joppen, sonst. Kleidungs-Stücke kaufen Sie billig bei Grotzer Zähringerstraße 63a.

Zeitungs-Trägerin für Württemberg und Westfalen. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des "Volksfreund" Luisenstraße 24.

Geschäfte. Gleich welcher Art, auch für Dame geeignet, zu kaufen gesucht. 6281 Max-Dufam, Herrenstr. 38. Gehrock-Anzug sehr schön, für mittl. Schl. Figur zu vert. Gartenstadt Klappart, Altenweg 62. Anzüge, Mäntel, wozuviel. Doppeln, große usw. in Dosen alt. Art, darunter Wand, Feldgr., Schwarzzeug, Buckin und Strick, fein, u. braunt. Herrenstiefel, Karle waf. (erd. Arbeitsstiefel, Damen-Halbschuhe, billig abzugeben bei 6326 Agelrad Effenweinstr. 22, 2. Stof.

Offene Füße. Krampholzergeschwürle, alle schwarzen Wunden selbst in hartnäckigen Fällen nur Apotheker Walter's Maloped-Salbe. Erfolge überraschend. Preis Mk. 80.-. Iranko. Stadtschloß, Plattenhofen a. Jim M 20 (Obb.).

Sortierer. Tüchtiger selbständiger Sortierer gesucht. [1872] Friedrich & Letterer, Zurlach, Kreuzstr. 6. Briestrasche. bester an Schöberg (Eitlingen) Inhalt Kartoffeln, Abzugeben gegen hohe Bezahlung bei G. Water, am Ort 19. Gartenstadt.

Zeitungs-Trägerin für Württemberg und Westfalen. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des "Volksfreund" Luisenstraße 24.

Drucksalzer Anzeigen. Karten-Ausgabe am Mittwoch, den 18. Oktober 1922, an die Buchstaben A bis einschließlich K, am Donnerstag, den 19. Oktober 1922, an die Buchstaben L bis einschließlich Z. Drucksal, den 18. Oktober 1922. Haßfurter Anzeigen. Industriekleid-Anlage hier staatspolitisch... Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei Ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund

Bereinigte Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im "Elefanten", Kaiserstr. 42

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Kassenericht vom 2. Quartal 1922/23.
2. Die Behovenden, Gemeindevorstand und Aufstellung der Kandidaten.

Hierzu sind die Genossinnen und Genossen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen. Der Vorstand

Bereinigte Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Am Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal der Handelskammer, Karlsruhe 10

Oeffentliche Frauen-Versammlung

Tagesordnung: Frauenfragen in der Tagespolitik. Referent: Genossin Professor Käjer, Landtagsabgeordnete aus Württemberg.

Frauen aller Stände sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Union-Theater

Das erstklassige Filmwerk

Die Fremde aus der Eistergasse.

Drama in 6 Akten mit Olaf Storm, Margit Barnay, Ed. v. Winterstein, W. Diegelmann, Maria Foreacu u. a.

Außerdem Belpogramm.



Theod. Zenker, Kaiserstr. 61, gegenüber der Hochschule.

Hierdurch die ergeb. Mitteilung, dass ich am 19. Oktober

Carl Aug. Marx ein Möbelgeschäft

Engros & Detail - eröffnet -

Hochachtung!

CARL AUG. MARX nur Karl-Friedrichstrasse 24 (Rondellplatz).

Circus Henny

KARLSRUHE Schmelzerplatz.

Heute Mittwoch, d. 18.

2 Vorstellungen

Nachm. 3 1/2 und abends 8 Uhr. Nachm. hat jeder Erwachsene das Recht ein Kind frei einzuführen. Weitere Kinder habe Preise.

Abends 8 Uhr Volles-Vorstellung zu halben Eintrittspreisen a. allen Platz. Versäumen Sie auf keinen Fall einen Besuch! Vorverkauf bekannt.

Buchhalterin

Sucht mögl. Zimmer in zentr. d. Stadt auf sofort oder 1. November. Angebote unter Nr. 5317 an das Soltsfreundbüro erbeten.

Goldener Ochsen

Kaiserstrasse 91.

Jeden Donnerstag Schlachttag

Mittagessen

in und ausser Abonnement

Prima spanische Weine ff. Schrempf Bier.

Kaffee Bauer

Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr abends

Grosses Sonder-Konzert

zu Gunsten

der Alt-Pensionäre des Landestheaters.

Mitwirkende: Hete Stechert, Margarete Pix, Hubert Endlein, Fritz Post, Harlequintosse.

Die Hauskapelle, verstärkt durch Mitglieder des Landestheaterorchesters. Leitung: Kapellmeister Dolezel. Eintritt M. 30.- einschl. Steuer.

Sanitärer Obermonteur

solche je 3 selbständige Heizungs- und sanitäre

Monteure

möglichst ledige, für dauernd nach Nummern gesucht.

Ausführliche Angebote unter F. T. D. 699 an das Soltsfreundbüro.

Wohnhaus

zu kauf. gef. bezugsbare Wohnung, nicht erforderlich. Offerten unter Nr. 5279 an das Soltsfreundbüro.

Bad'sches Landestheater.

Mittwoch, d. 18. Oktbr., 7 bis n. 9 1/2 Uhr. Abon. F 5 Th.-Gem. B. V. B. Nr. 4201-4500. Violetta (La Traviata). Hierauf: Janzbilder.

Monopol - Trinkbranntweine

Gut Preiswert Rein

Leere Monopol-Flaschen

20 Mark

wenn unbeschädigt und nicht veranreinigt, werden jetzt zu

von den Verkaufsstellen zurückgenommen

Großvertrieb für Bezirk Mittelbaden:

Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Krueh

Ferruf Nr. 90, Heinrich Baer & Söhne, Max Homburger, B. Odenheimer.

Pfannkuch & Co.

Spezialhaus für Lebensmittel Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Karlsruhe-Pforzheim u. Umgebung. Beachten Sie unsere Tagesinserate!

Süddeutsche Discontogesellschaft A. G.

Filiale Karlsruhe Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

Bankhaus Veit L. Homburger

Karlstraße 11, Telefon 95, 96, 208, 4935, 4936.

Badische Bank Mannheim - Karlsruhe

Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

Stark- und Hauswäsche jeder Art Wäscherei Bardusch

Filiale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101. Durlach, Schloßstr. 3, Ettlingen, Teleph. 61.

Beste Bezugsquelle für Zuckerwaren

Verkauf nur an Wiederverkäufer Spezialität: „Aeska-Karamellen“

Adolf Speck, Zuckerwarenfabrik Karlsruhe i. B.

Die Fabrik Els.-Bad. Konserven Flach & Co., m. b. H. KARLSRUHE

stellt her: Obstkonserven, Marmeladen, Fruchtsäfte in guter Qualität.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs Dauer-Fahrplan

Christ. Oerte Ornstein & Schwarz

Kaiserstrasse 101-3, Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knabenbekleidung.

LAUTERBERG CIGARETTEN

DIE MARKE FÜR KENNER

Table with columns for destinations: Pforzheim, Bruchsal-Heidelberg, Schweiz-Mannheim, Ettlingen-Rastatt, Darmorb.-Rastatt, Maxau-Plauz, Eppingen. Rows show train numbers and times.

W: Wochentags. Sa: Samstags. S: Sonn- u. Feiertags. W*: Wochentags ausgen. Samstags. E: Eilzug. D: D-Zug. L: Luxuszug.

Möbelkaufhaus Gnst. Friedrichs

Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

Adolf Steiner

Wein-Großhandlung Branntweinbrennerei, Karlstrasse 23, Telefon 1360

Lebens- u. Genussmittel, Zigarren

Gehr. Hensel

Großschlächtereif, Fleischwarenfabrik, Telefon 71 und 571

„Marcellis“ das Merkwort

für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe i. B. u. S. 33 Verkaufsstellen für Kolonial-Waren in Karlsruhe und Ettlingen. - 1 Verkaufsstelle für Schuhwaren. - Eigene Bäckerei, Weine, Biere, Holz und Kohlen.

Geschw. KNOPF KARLSRUHE

Badens größtes Kaufhaus für alle Artikel des täglichen Bedarfs

Bankhaus Straus & Co., Friedrichsplatz 1.

Schröder & Fränkel, feine Nass-Schneiderei.

V. Heupel Schirmfabrik G. m. b. H.

Regen- und Sonnen-Schirme, Spazier-Stöcke, Kaiserstrasse 201 - Telefon 3834 - Fabrik: Herrenstraße 46.

Geschw. Guimann, Kaiserstr. 122

Damenhüte - Modewaren.